



## **Petition zum neuen Landesentwicklungsprogramm (LEP): Nein zur Flächenversiegelung und Zersiedelung der Kulturlandschaft!**

**Die ÖDP Bayern fordert die Bayerische Staatsregierung und den Bayerischen Landtag in einer Petition auf, die geplante Abschaffung des sogenannten Anbindegebotes zurückzunehmen. Die lebendige Vielfalt der Landschaften und der erlebbare Wechsel von offenen Flächen und Siedlungen müssen bewahrt werden.**

### Begründung:

Das im Landesentwicklungsprogramm verankerte Anbindegebot besagte bisher, dass Gewerbegebiete an bestehende Siedlungen anzugliedern sind und nicht willkürlich auf der grünen Wiese ausgewiesen werden dürfen.

Die Vielfalt der Landschaften mit ihrem erlebbaren Wechsel von offenen Flächen und kompakten dörflichen und städtischen Siedlungen muss auch weiterhin vor Zersiedlung und beliebig angeordneten Gewerbearealen bewahrt werden. Die problematischen Verhältnisse, beispielsweise in Oberitalien, mahnen zu besonnenem Vorgehen und zu klaren Vorgaben für Projektträger und Kommunen. Gerade das Tourismusland Bayern muss seine einzigartigen Landschafts- und Ortsbilder erhalten und unserer Heimat bewahren.

Die von Minister Söder angestrebte Abschaffung des Anbindegebotes für Gewerbe- und Industriegebiete außerhalb von Ortschaften wird zu einer Ansammlung von Scheußlichkeiten entlang der Schnellstraßen unseres schönen Bayern führen.

Die bisher geltenden Ausnahmen zum Anbindegebot sind ohnehin schon sehr weitgehend; weitere umfassende Ausnahmen wie sie der Fortschreibungsentwurf vorsieht (interkommunale Gewerbegebiete, Ausweisung an Anschlussstellen von Autobahnen und vierstreifigen Bundesstraßen) würden das „Anbindegebot“ zu einer leeren Worthülse degradieren und faktisch abschaffen.

Eine weitere Aufweichung des Anbindegebotes würde auch mit den Zielen des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern (BayÖPNVG) kollidieren: Art. 2 dieses Gesetzes schreibt vor, „bei der Landes-, Regional- und Bauleitplanung eine angemessene Anbindung der Wohnbereiche an die Arbeitsstätten, öffentliche, soziale und kulturelle Einrichtungen und an die Erholungsbereiche mit öffentlichen Verkehrsmitteln auf möglichst kurzen Wegen sowie deren Anbindung an die vorhandene ÖPNV-Infrastruktur anzustreben.“ Eine Ansiedlung neuer Arbeitsstätten auf der grünen Wiese macht die Verwirklichung dieses Zieles illusorisch oder für die Träger des ÖPNV extrem kostenintensiv.

Beschlossen auf dem Landeshauptausschuss der ÖDP Bayern am 08.10.2016